Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12919**

18. Wahlperiode 27.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/11723 –

Neustart für eine friedliche und gerechte Europäische Union

A. Problem

Die Antragsteller konstatieren, dass sich die Europäische Union (EU) nach der Austrittsentscheidung Großbritanniens, nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA und dem Erstarken rechtsgerichteter Parteien in den Mitgliedstaaten in einer existentiellen Krise befinde. Im Zuge dieser Entwicklungen zeichne sich einerseits ein verstärkter Wunsch der EU zur Militarisierung ab, andererseits seien eine Tendenz zur Zentralisierung von Kompetenzen bei der Kommission sowie bei den Regierungen der Mitgliedstaaten und eine mangelnde parlamentarische Kontrolle zu beobachten.

Kritisiert wird weiter, dass keine Diskussion über eine Umkehr von der Abschottungspolitik der Europäischen Union stattfinde, obwohl die Politik der EU und einzelner Mitgliedstaaten zu den Fluchtursachen beigetragen habe.

Die Krisenpolitik der EU und die der meisten Mitgliedstaaten bedrohe zudem Fortschritt, Wohlstand, soziale Rechte und die Demokratie. Die aus der Europäischen Zentralbank, der Kommission und dem Internationalem Währungsfonds bestehende Troika sei wie die Bundesregierung verantwortlich für die Verletzung sozialer Menschenrechte in den sog. Programmländern, insbesondere Griechenland. Auch die bei der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion konzipierte „Europäische Säule sozialer Rechte“ stärke diese Rechte nicht, sondern verleihe der neoliberalen Integration lediglich einen sozialen Anstrich.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der vorgenannten Feststellungen Vorschläge für einen Neustart der EU zu erarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/11723 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Thorsten Frei
Berichterstatter

Angelika Glöckner
Berichterstatterin

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Angelika Glöckner, Alexander Ulrich und Manuel Sarrazin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/11723** in seiner 228. Sitzung am 30. März 2017 beraten und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtiger Ausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung vom Deutschen Bundestag dazu aufgefordert, grundlegende Veränderungen der EU-Verträge herbeizuführen, um einen Zusammenbruch der Europäischen Union zu vermeiden.

Die Forderungen beziehen sich insbesondere darauf,

– unter Einbeziehung einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge für einen Neustart der Europäischen Union zu erarbeiten und dafür eine breite gesellschaftliche Diskussion anzustoßen;

– die Ablehnung der aktuellen Vorschläge zur weiteren Militarisierung der Europäischen Union durchzusetzen und für eine Abschaffung der Vorschriften über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Vertrag einzutreten;

– eine weltweite Entspannungs- und Friedenspolitik zu betreiben und für eine Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands zu werben;

– auf nationaler und Unionsebene alles zu unternehmen, um insbesondere die von den Mitgliedstaaten zu verantwortenden Fluchtursachen zu bekämpfen;

– sich einem Umschwenken bei der EU-Krisenpolitik nicht zu verschließen und für eine wachstumsorientierte, soziale und ökologische Antwort auf die Wirtschaftskrisen einzutreten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat die Vorlage 18/11723 in seiner 94. Sitzung am 26. April 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat die Vorlage 18/11723 in seiner 121. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/11723 in seiner 87. Sitzung am 31. Mai 2017 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 31. Mai 2017

Thorsten Frei
Berichterstatter

Angelika Glöckner
Berichterstatterin

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.